

Träumereien wahr werden lassen



Stell dir vor, du wirst eines Morgens wach und die Schweiz wäre sozialdemokratisch. Fröstelnd gingst du zum Briefkasten, in dem du eine der Aargauer Regionalzeitungen vorfändest. Beim Morgenkaffee würdest du in der Zeitung lesen, dass die Krankenkassenprämien neu einkommensabhängig sind und bezahlbarer Wohnraum im Quartier entsteht.

Bevor du dich aufs Velo schwingen würdest, bringst du deine Kinder in der Nähe in die KiTa. Fachperson Betreuung hättest du werden sollen, denkst du. Schliesslich würden die Mitarbeiter:innen gut für ihre verantwortungsvolle Arbeit entlohnt, könnten aufgrund des tiefen Betreuungsverhältnisses die Kinder optimal fördern und sich regelmässig weiterbilden. Auf der Veloschnellroute ginge es zur Arbeit. Im Pflegeheim angekommen, geht es los. Doch es bleibt stets genug Zeit, um alle Patient:innen optimal zu betreuen. Alle paar Wochen würdest du mit dem ÖV abends ins Nachbarsdorf ins Kino fahren. Die Busverbindungen wären auch abends in den ländlicheren Regionen des Kantons flächendeckend ausgebaut, so dass sich das Auto eigentlich gar nicht lohnt. Zwar sind dies nur Träumereien. Aber aus jedem Traum kann eine Realität werden – wenn du, ich, wir alle zusammenspannen. Wenn wir hinstehen, und wenn wir zusammen im Wahlkampf Partei ergreifen für eine soziale und nachhaltige Schweiz.

Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Einwohner:in.

KLIMASCHUTZVORLAGEN

Für Klimaschutz und Versorgungssicherheit – 2× Ja am 18. Juni!

Die Klimakrise schreitet voran, auch in der Schweiz: Die Gletscher schmelzen, das Auftauen des Permafrosts führt zu Bergstürzen, die Landwirtschaft leidet unter Trockenheit und Hitzesommern. Wir müssen jetzt handeln und aus den fossilen Energien aussteigen, um die Erderwärmung aufzuhalten. Die beiden Klimaschutzvorlagen, über die wir am 18. Juni abstimmen, bieten die Möglichkeit dazu.



Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin. Sie kandidiert im Oktober 2023 wieder für den Nationalrat und neu für den Ständerat.

Das nationale Klimaschutzgesetz (KIG) verankert das Netto-Null-Ziel 2050 und gibt Zwischenziele in den Sektoren Gebäude, Industrie und Mobilität vor. Zudem setzt es auf griffige Klimaschutzmassnahmen. Mit einem grossen Heizungsersatzprogramm werden Hauseigentümer:innen darin unterstützt, ihre Öl-, Gas- und Elektroheizungen zu ersetzen und effiziente Heizsysteme einzubauen. Davon profitieren auch die Mieter:innen, denn ihre Heiznebenkosten werden sinken. Unternehmen erhalten Unter-

stützung vom Bund, um Netto-Null-Fahrpläne auszuarbeiten. Und mit einem Innovationsprogramm werden neue Technologien – etwa, um CO₂ aus der Luft abzuscheiden und zu speichern – gefördert. Die SVP spricht vom «Stromfressergesetz». Das Gegenteil ist der Fall! Die wahren Stromfresser sind die Elektroheizungen. Mit ihrem Ersatz sparen wir 2 TWh wertvollen Winterstrom. Den Strommehrbedarf für Wärmepumpen und Elektroautos decken wir, indem wir Solar- und Windkraftanlagen endlich rasch zubauen.

Um die Versorgungssicherheit zusätzlich zu stärken, müssen unsere Gebäude besser gedämmt werden. Denn gut isolierte Häuser müssen nur wenig geheizt werden. Momentan verschwenden wir viel Heizenergie. Das Bundesamt für Energie schätzt das Einsparpotenzial in Altbauten auf 40 bis 70 Prozent. Hier setzt die kantonale Klimaschutz-

initiative an. Sie fordert, dass die Gebäudesanierungsrate von jährlich einem Prozent auf drei Prozent gesteigert wird. Dabei handelt es sich um eine Zielgrösse. Der Aargau ist einer der Kantone, der pro Einwohner:in am wenigsten für sein Gebäudeförderprogramm ausgibt. Dieses Programm soll aufgestockt werden, damit genügend Mittel bereitstehen, um die Sanierungen rechtzeitig durchzuführen. Nur so können wir die Klima- und die Effizienzziele im Gebäudesektor rechtzeitig erreichen. Durch die Bautätigkeit profitiert auch das lokale Gewerbe.

Die beiden Klimaschutzvorlagen ergänzen sich perfekt: Sie unterstützen den Ausstieg aus den klimaschädlichen fossilen Energien, fördern Innovation und führen zu mehr Energieeffizienz. Damit machen wir uns auf den Weg zu Netto Null und stärken die Versorgungssicherheit. Deshalb 2× Ja am 18. Juni!

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
206 · Ausgabe AG · Mai 2023



ANHÖRUNG FINANZSPRITZE FÜR
DAS KANTONSSPITAL AARAU KSA

Warum wird die Grundversorgung unterfinanziert, Herr Gallati?



Das KSA schreibt seine Aktien ab. Sie sind nichts mehr wert, weil man von einer Krise zur nächsten stolperte. Bei der jetzt vorgeschlagenen Finanzspritze des Kantons von 240 Millionen für das KSA handelt es sich um eine Bilanzsanierung – langfristig braucht es aber eine Betriebssanierung. Die Regierung verfolgt seit vielen Jahren die Strategie, bei der Grundversorgung zu knausern. Dies führt zu einer Unterfinanzierung der Grundversorgung. Dieser Begriff meint alle notwendigen Behandlungen, wenn meine Mutter eine Lungenentzündung hat oder wenn mein Kind die Treppe hinunterfällt. Durch die garantierte Grundversorgung wird die Würde in einer verletzlichen Situation gewahrt. Man könnte meinen, diese Würde sei uns viel wert, schliesslich hat dafür die Wirtschaft während der Pandemie drei Jahre darben müssen. Ärgerlich, dass sie plötzlich in Frage gestellt wird, weil sie offenbar zu wenig Rendite abwirft; töricht der Vorschlag der Bürgerlichen, alles auszulagern. In diesem Markt hat nur jemand das Sagen: das Schicksal, das den Menschen zufällig eine Krankheit aufbürdet. Die Aufgabe des Gesundheitssystems ist es, in dieser Situation für die Menschen da zu sein. Die Kosten werden zu 80 Prozent einkommensunabhängig getragen. Würden sie einkommensabhängig berechnet, wäre die finanzielle Belastung zumutbar. Die Abgeltung der Grundversorgung und eine sozialere Finanzierung sind die relevanten Stell-schrauben, die gedreht werden müssen. Grundversorgung darf nicht unterfinanziert bleiben! Die SP Aargau befürwortet die Finanzspritze mit einem klaren Ja. Wir verstehen das «Ja» zu den 240 Millionen Franken als «Ja» zu einem guten Service public.

Die Ärztin Lucia Engeli von Unterentfelden ist SP-Gemeinde- und Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Präsidentin des Fachausschusses Gesundheit und Soziales. Sie kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

Arthur Schmid (1928 – 2023) zum Gedenken

«Visse e mori socialista»

Ignazio Silone



Urs Hofmann, Aarau,
war Einwohnerrat, Stadtrat,
Grossrat, Nationalrat und
Regierungsrat.

Arthur Schmid wurde 1928 als Sohn von Frieda und Arthur Schmid-Herzig geboren. Sein gleichnamiger Vater war Redaktor der sozialdemokratischen Tageszeitung «Freier Aargauer»; er sass zur Zeit der Geburt seines Sohnes bereits seit acht Jahren im Nationalrat. Elf Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus. Die Sozialdemokratie rang um ihre Position in der bürgerlichen Schweiz. Der Generalstreik und die Russische Revolution lagen noch nicht lange zurück und waren für viele Genossinnen und Genossen prägende Erinnerungen. In diesem hochpolitischen Umfeld wuchs Arthur in Oberentfelden auf.

Es ist nicht immer einfach, in die Fussstapfen eines starken Vaters zu treten. Arthur Schmid ist dieser Schritt gelungen. 1959 wurde er als Nachfolger seines Vaters in den Nationalrat gewählt, dem er 20 Jahre lang angehörte. Von 1965–1993 leitete er als Regierungsrat das ED, wie das Erziehungsdepartement damals genannt wurde. Und von 1969–1974 stand Arthur Schmid in Jahren des Umbruchs an der Spitze der SP Schweiz. 1973 war er zusammen mit Andreas Gerwig offizieller Bundesratskandidat der SP. Gewählt wurde der Solothurner Willi Ritschard.

Arthur Schmid hat in einer bewegten Zeit Politik gemacht und in einem schwierigen Umfeld vieles erreicht. Zunächst erlebte er Jahre des Aufbruchs, der Hoffnung, der Gestaltungsmöglichkeiten: Die Neugestaltung der Lehrerbildung, eine grundlegende Veränderung in der Mittelschullandschaft Aargau, das Aargauer Kuratorium – eine Schweizer Pioniertat für eine unabhängige staatliche Kulturförderung. Die Hochschule für Bildung – ein wahrer Leuchtturm für den Kultur- und Bildungskanton Aargau wäre sie geworden. Doch sie wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rats kurz vor dem Ziel gestoppt. Ein Entscheid, der den



Wechsel vom Aargau des Fortschritts zum Aargau der Konservativen symbolisierte und Arthur Schmid zum Ausspruch bewog, es seien Jahre zur «Verhinderung von Schlimmerem» gekommen.

Arthur Schmid hat wie wenige die Entwicklung des Aargaus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitgeprägt. Er war mit seiner Gradlinigkeit, seiner Schaffenskraft und seiner menschlichen Wärme für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserem Kanton ein Vorbild. 1993 zog er sich aus der aktiven Politik zurück, blieb jedoch noch während Jahren in verschiedenen Institutionen aktiv, so als Präsident von Pro Senectute Aargau sowie bis 2008 der Fondazione Marguerite Arp-Hagenbach im Tessin, die das kulturelle Erbe von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp betreut. Lange Reisen waren in den Jahren seines Ruhestandes Arthurs grosse Leidenschaft. Oft weilte er auch zusammen mit seiner 2012 verstorbenen Frau Margrit in seinem Ferienhaus in Gordola bei Locarno.

Als seine Kräfte nachliessen, verliess Arthur vor fünf Jahren schweren Herzens sein Elternhaus, in dem er seit seiner Geburt gelebt hatte, und wechselte hinüber ins Altersheim Zopf. Dort verbrachte er seine letzten Jahre. Die Zufriedenheit und Bescheidenheit, die er ausstrahlte, beeindruckten nicht nur alle, die ihn betreuten, sondern auch seine vielen Freundinnen und Freunde, die ihn immer wieder gerne besuchten. Arthur Schmid ist am 1. Mai gestorben.

TRAURIGE STIPENDIENSITUATION IM AARGAU

Stipendien sind keine Almosen

Für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen sind die Kantone zuständig. Die Idee ist, die Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung zu fördern. Leider sieht die Situation in unserem Kanton überhaupt nicht rosig aus.



Simona Brizzi von Ennetbaden ist SP-Grossrätin. Sie kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

Stipendien und Studiendarlehen sind für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung von grosser Bedeutung und unterstützen die Ausschöpfung des Bildungspotenzials in unserem Kanton und in unserem Land. Aktuell bekommen Studierende im gesamtschweizerischen Durchschnitt 7602 Franken, im Kanton Aargau gerade einmal 4252 Franken. Der Kanton Aargau bezahlt damit das absolute Minimum der Schweiz gemäss Konkordat vom 1. März 2013. Der Stipendienaufwand des Kantons Aargau lag bereits vor der Einführung des Splittingmodells von 2018 unter dem gesamtschweizerischen Durchschnittswert. Nun, fünf Jahre nach der Einführung des Stipendiengesetzes, belegen wir im Kantonsvergleich einen der letzten Plätze. Zudem ist die Zahl der Stipendiesuche seit der Einführung des Splitting-Modells von 2018 stark zurückgegangen. Das macht uns Sorgen. Stipendien sind wichtige Unterstützungsbeiträge. Sie sind eine Investition in die Zukunft aller Menschen, die für eine Ausbildung an einer weiterführenden Schule, einer Höheren Fachschule, Fachhochschule oder Hochschule und Universität alle Voraussetzungen – ausser ausreichend finanziellen Mitteln – mitbringen.

Der Aargau ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Die Verfügbarkeit von Fachkräften ist dabei eine wichtige Voraussetzung. Stipendien helfen, dem prekären Fachkräftemangel entgegenzuwirken und unterstützen auch die Arbeitsmarktfähigkeit der Arbeitnehmenden, weil sich die Branchen zum Teil stark verändern und Aus- und Weiterbildungen nötig sind. Studien belegen zudem: Wer über eine abgeschlossene Ausbildung verfügt, wird seltener arbeitslos.

Viele Studierende vor allem aus «Nicht-Akademiker:innen-Familien» finanzieren sich ihren Lebensunterhalt über Nebenjobs. Früher haben viele neben dem Studium gearbeitet, um Geld zu verdienen. Seit der Bologna-Reform, welche die Studienzzeit begrenzt, ist das schwieriger geworden. Es zeigt sich, dass sich der Studienabschluss oft verzögert, wenn Studierende, die sich nicht verschulden möchten, eine Teilzeitarbeit neben dem Studium aufnehmen. Damit verspätet sich sehr oft der Abschluss, was wiederum den Kanton teurer zu stehen kommt. Zudem zeigt der schweizerische Bildungsbericht auf, dass infolge längerer Studiendauer ein höheres Studienabbruchrisiko besteht.

Als Wirtschafts- und Wohnkanton können wir es uns nicht leisten, weiterhin einen der letzten Plätze bei der Stipendienvergabe zu belegen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass sich die Stipendiensituation verbessert und ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung möglich ist. Stipendien sind keine Almosen, sie sind eine wichtige Investition in die Zukunft.



Personalkommission der SP Aargau



Die SP Aargau arbeitet an der Schaffung einer Personalkommission, die sich darum kümmern wird, qualifizierte und interessierte Kandidat:innen für Ämter auf kantonaler Ebene zu finden und ihnen bei Entscheidungen bezüglich einer Kandidatur zu helfen. Darüber hinaus wird die Kommission auch die politische Bildung der Mitglieder zum Thema haben und Möglichkeiten schaffen, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Die Personalkommission hat nichts mit dem internen oder externen Wahlkampf und den strategischen Entscheidungen, die dabei gefällt werden, zu tun, das wird weiterhin Aufgabe der Geschäftsleitung bleiben und durch den Parteitag bestimmt. Die Aufgaben und Abläufe der Personalkommission werden derzeit von einer Gruppe ausgearbeitet. Sobald diese abgeschlossen sind, wird die Geschäftsleitung die Kommission gründen und mit zuverlässigen und vertrauenswürdigen Personen besetzen. Die definierten Bereiche für die Arbeit der Kommission umfassen kantonale Ämter, insbesondere die oft vergessene Justiz, sowie NGOs wie Gewerkschaften und Naturschutzvereine und öffentliche Institutionen im Besitz des Kantons, also Kantonsspital, Bankrat und andere. Die Personalkommission wird eng mit den Fachausschüssen zusammenarbeiten, um deren Know-how und Kenntnisse über die spezifischen Fähigkeiten und Interessen der Mitglieder zu nutzen. Obwohl der Schwerpunkt auf kantonalen Ämtern liegt, wird auch ein Austausch zwischen der Kommission und den Bezirksparteien und Sektionen angestrebt, um Know-how und Kontakte auszutauschen. Die Schaffung der Personalkommission ist ein langfristiges Thema, das sorgfältig vorbereitet werden muss. Weitere Informationen werden rechtzeitig bekannt gegeben, und Inputs und Fragen können an Sandro gerichtet werden.

Sandro Covo von Lenzburg ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Unsere Campaigner:innen für die Nationalratswahlen 2023

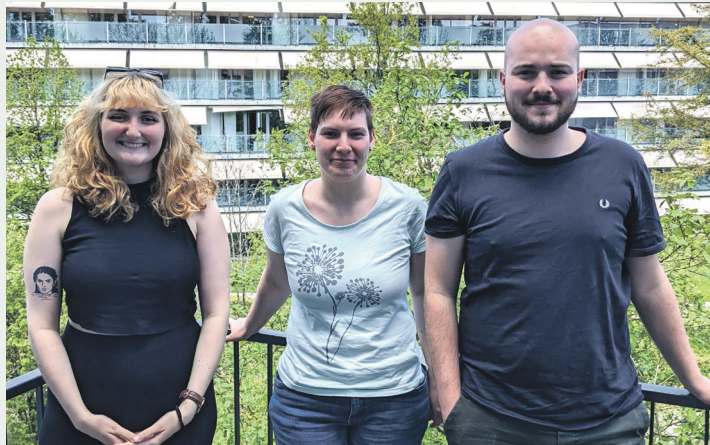
Für die nationalen Wahlen im Herbst setzt die SP für die Mobilisierung der Wähler:innen wieder auf die Basiskampagne. Diese hat sich bewährt und gibt uns die Möglichkeit, direkt mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Vor den Sommerferien finden zahlreiche Polit-Apéros statt, im August kontaktieren wir unsere Mitglieder und Sympathisant:innen, und in den Wochen vor den Wahlen folgt dann die Mobilisierung der Wähler:innen.

Dafür zuständig sind unsere drei Campaigner:innen:

Arsena ist 21 Jahre alt. Aufgewachsen ist sie in der bürgerlichen Steueroase Zug, wo sie sich als Linke oft alleine fühlte. Mit 18 Jahren trat sie der JUSO und später auch der SP bei. Das Gefühl, auf gleich denkende Menschen zu stossen, motivierte sie, politisch aktiver

zu werden. Im Februar 2022 machte sie also ein Praktikum bei der JUSO Schweiz. Nun ist sie Co-Präsidentin der JUSO Zug und motiviert für den Wahlkampf!

Yannick ist 22 Jahre alt, wohnt in Baden und studiert Politikwissenschaft an der UZH. Der



V. l. n. r. Arsenia Odermatt von Zug, Carine Hürbin von Böttstein und Yannick Ghisletta von Baden unterstützen die SP Aargau im Wahlkampf 2023.

SP ist er im Alter von 16 Jahren beigetreten und war daraufhin bei der JUSO aktiv. Er war zwei Jahre lang Vorstandsmitglied der SP Bezirk Affoltern und durfte bei den Gemeinderatswahlen in Stallikon den Wahlkampf einer Kandidatin der GPS erfolgreich mittragen.

Carine ist 28 und hat vor zwei Jahren das Studium in Geographie und Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bern abgeschlossen. Seither hat sie im Umweltbereich gearbeitet. Ende März ist sie zudem als neues Mitglied in den Vorstand von BirdLife Aargau eingetreten.



Wie sag ichs?

Wahlkampf Workshop 3. Juni 2023, 9–13 Uhr, Stadthaus Aarau

Programm

- 08.30–09.00 Begrüssung, Kafi und Gipfeli
- 09.00–09.45 **Vortrag Claude Longchamp:** *Wie können Wahlkämpfe in der Schweiz einen Unterschied machen?*
- 09.45–10.00 Kafi, Wechsel in die Fachworkshops
- 10.00–12.30 **Fachworkshops:** «Energie und Klima» und «Gesundheit»
Diskutieren, sensibilisieren, Werte-basiert argumentieren
Erstellen eines argumentativen Werkzeugkastens
Abfahrt zur Sternenfahrt nach Lenzburg (optional)
- 12.45

Anmelden unter: sp-aargau.ch/workshop/

AGENDA

25. Mai 2023, Naturama Aarau

Gabriela Suter – Unterwegs für den Aargau | Wie wir unsere Klimaziele erreichen. Wissenschaftsreferate und Podium unter anderem mit Prof. Dr. Reto Knutti (ETH ZH). Weitere Informationen und Anmeldungen auf sp-aargau.ch

27. Mai

Gabriela Suter – Unterwegs für den Aargau | Reisanbau im Aargau Stetten, Wildenau; Führung mit Biobauer Lukas Neuhaus. Weitere Infos und Anmeldungen auf sp-aargau.ch

3. Juni 2023, 9 bis 13 Uhr, Städtisches Rathaus Aarau

Wahlkampf Workshop

Anmeldungen: sp-aargau.ch/anmeldung/workshop

18. Juni 2023

Abstimmungssonntag

24. Juni 2023, Barbetrieb ab 16 Uhr, Arbeiterstrandbad Tennwil

Fest der Solidarität

mit Mia Jenni, JUSO (ca. 18–18.15) | Renato Kaiser, Komiker (18.30–18.45) | Paul Rechsteiner (19–19.15) | Renato Kaiser, Komiker (19.30–19.45) | Elisabeth Baume-Schneider (20 Uhr)

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau

Tel. 062 834 94 74, sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr / Auflage links.ag: 3066

Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe 2. Mai 2023

Redaktionsschluss nächste Ausgabe 3. August 2023

Erscheinen nächste Nummer 18. August 2023

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Simona Brizzi, Sandro Covo, Lucia Engeli, Yannick Ghisletta, Urs Hofmann, Carine Hürbin, Katharina Kerr, Nora Langmoen, Arsenia Odermatt, Johannes Ruesch (Foto S. 10).

AARGAUER ABSTIMMUNGEN:

Ombudsgesetz:

JA

Aargauische Klimaschutzinitiative:

JA

Halbstundentakt im Fricktal:

JA

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN:

OECD/G20-Projekt zur Besteuerung grosser

Unternehmensgruppen:

NEIN

Klimaschutzgesetz (KIG):

JA

Covid-19-Gesetz:

JA